

## **Öffentliche Beschlussvorlage der Fraktion FWKW**

### **„Überarbeitung Informationsblatt und Fragebogen Bürgerbefragung Königspark“**

#### **Beschlussvorschlag**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Stadtverordneten das Informationsblatt und den Fragebogen zur Einwohnerbefragung „Entwicklung Königspark“ zu überarbeiten.

Jede Faktion kann dafür eine Vertreterin oder einen Vertreter stellen.

#### **Begründung**

Die zukünftige Entwicklung des Königsparks gehört zu den umstrittensten Themen der Stadt. Die Umwandlung der Gewerbe- zu Wohnflächen, um zusätzliche Wohnbaupotentiale für mehrere tausend Wohnungen zu schaffen, wird insbesondere von der Bürgermeisterin vorangetrieben.

Um das Stimmungsbild der Bürgerschaft bei dieser weitreichenden Entscheidung zu erfassen, hat die SVV am 26.02.2024 einen Mehrheitsbeschluss (BV 10-24-024) gefasst, eine Einwohnerbefragung nach § 8 Hauptsatzung durchzuführen. Die Einwohnerbefragung soll am 18.08.2024 starten und vier Wochen dauern. Der Zeitraum liegt in der Ferienzeit.

Mit Beschluss 17-24-127 vom 27.05.2024 hat die SVV noch vor der Kommunalwahl den Inhalt des Fragebogens und des Informationsblattes, die an alle Haushalte verschickt werden sollen, mehrheitlich beschlossen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen damit objektiv, wahrheitsgemäß und werthaltig zur Entwicklung des Plangebiets und seinen Auswirkungen informiert werden.

Aus Sicht der einreichenden Fraktion genügt das Informationsblatt (Flyer) und der Fragebogen diesen Anforderungen derzeit nicht.

Entgegen den Aussagen im Flyer gibt es mehrere Gewerbeansiedlungen und mehrere Grundstückseigentümer. Die Stadt vertritt augenscheinlich nur die Interessen des größten Grundstückseigentümers DLE. Dieser wird namentlich genannt. Dies dürfte ungewöhnlich sein. Die Eigentümerwechsel in der Vergangenheit interessieren derweil nicht. Sie können zu Gunsten von konkreten Informationen – wie bspw. zu erwartenden Einwohnerzahlen – gestrichen werden. Die Aussagen zu Emissionen, Verkehr oder kommunalen Steuerungsmöglichkeiten sind zu allgemein. Die Bürger erfahren nicht, was auf sie „zukommt“.

Sowohl im Informationsblatt als auch im Fragebogen werden zwei Darstellungen der Planfläche abgebildet, zwischen denen sich die Bürgerschaft entscheiden soll. Deren Farbgebung ist aus unserer Sicht manipulativ im Sinne des Vorhabenträgers DLE.

Unabhängig davon erfüllt der Flyer grundsätzlich nicht das große Informationsbedürfnis der Bürgerschaft. Die Bürgerinnen und Bürger wollen keine Floskeln.

Die DLE ist ein Flächenentwickler. Nach Erlangung des Baurechts wird beliebig weiterverkauft. Von Interesse sind also die zukünftigen Investoren/Bauträger und der Zeitplan der Umsetzung des Projekts.

Die Menschen möchten wissen, wie viele Wohnungen gebaut werden und wie sowohl ruhende als auch fließende Verkehre bewältigt werden sollen. Der Königspark ist schon jetzt ein verkehrliches Nadelöhr.

Zu einer unabhängigen Information gehört aus Sicht der Fraktion ebenfalls mitzuteilen, dass in Königs Wusterhausen noch ausreichend Wohnbaupotentiale vorhanden sind und vor allem durch Lückenbebauung städtebauliche Planungen zu Ende geführt werden können.

Im Gegensatz dazu ist die Nachfrage nach Gewerbeflächen (u.a. BER und TESLA-Nähe, eines der größten zusammenhängenden Grundstücke) lt. Auskunft der Wirtschaftsförderung des Landes Brandenburg enorm. Mit der Aussicht auf erheblicher Wertsteigerungen seines Grundstücks (Gewerbe zu Wohnen, dem Geschäftsmodell des Entwicklers) lehnt der Eigentümer diese Anfragen allerdings augenscheinlich ab.

Den Stadtverordneten und den Mitgliedern des Aufsichtsrats der Wobauge wurde ferner seinerzeit ein Gutachten der Wobauge zur Verfügung gestellt, die die Risiken eines solch großen Wohnpotentials für die eigene Gesellschaft und damit die Stadt Königs Wusterhausen aufzeigen. Diese Informationen sollten ebenfalls dargestellt werden.

Es gibt aus Sicht der Stadt keine objektive Notwendigkeit, Gewerbeflächen zu Wohnen umzuwandeln.

Die Auswirkungen des Giga-Projekts und neuen Stadtteils auf die Stadt Königs Wusterhausen wird aus Sicht der einreichenden Fraktion überhaupt nicht dargestellt. Einige tausend EinwohnerInnen mehr – in sehr kurzer Zeit – hat Einfluss auf die gesamte Infrastruktur der Stadt. Zur Ehrlichkeit gehört also, über alle Mehrbedarfe, Mehrbelastungen und Risiken aufzuklären. Dies sollte Intention des Informationsblattes sein. Erst recht, wenn es auf Steuerzahlenkosten produziert und versandt wird.

Der Wunsch der Überarbeitung des Informationsblattes wurde der Bürgermeisterin vorgetragen. Sie teilte am 06.06.2024 schriftlich mit, dass Sie diese Ausführungen „zur Kenntnis genommen hat“ und trägt vor, dass die Stadtverordnetenversammlung bereits mehrheitlich entscheiden hat. Der Beschluss wird durch sie nun so „ausgeführt“.

Die zielgerichtete Überarbeitung von Flyer und Fragebogen – um ein Höchstmaß an konkreten Informationen zu vermitteln – bedarf also einem neuen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung.

Um Zustimmung wird gebeten,



24.06.2024

Swen Ennullat

Vorsitzender Fraktion FWKW